

Jan-Christian Petersen

Die Welt wird von Kriegen erschüttert. Sehr oft geht es dabei auch um Grenz- und Minderheitenkonflikte. Schleswig-Holstein erfährt hingegen „weltweite Aufmerksamkeit für seinen positiven Einfluss auf die Friedenssicherung“, wie die Unesco schreibt. Gemeint ist das deutsch-dänische Minderheitenmodell.

Seit 2018 zählt es bundesweit zum immateriellen Kulturerbe und zeichnet sich dadurch aus, dass im Grenzland Bekennnisfreiheit herrscht, wenn es darum geht, sich als deutsch oder dänisch zu definieren. Bürgerinnen und Bürger können jederzeit die Kultur und Sprache leben, in der sie sich heimisch fühlen. Gleichzeitig sorgt die Landesregierung für Sichtbarkeit und unterstützt die Minderheiten dabei, notwendige Strukturen zu schaffen.

Mehr Landesinvestitionen als im Vorjahr

„Die Gesamtsumme von 4,7 Millionen Euro Landesförderung im Jahr 2023 umfasst neben den Zuwendungen an Einrichtungen der nationalen Minderheiten auch die Förderung für deren international arbeitende Organisationen“, heißt es auf Nachfrage vom Minderheitenbeauftragten Johannes Callsen in Kiel. Insgesamt sind das gut 500.000 Euro mehr als im Vorjahr. Dabei werden auch die Interessen der Friesen sowie der Sinti und Roma berücksichtigt. Sie zählen ebenfalls zu den autochthonen Minderheiten. Das sind jene, die bereits vor Gründung der BRD bei uns heimisch waren.

Ihr Schutz ist in Artikel 6 der schleswig-holsteinischen Landesverfassung festgeschrieben und „wesentlich für die Wahrung von Frieden, Wohlstand und Stabilität in Europa“, erklärt Callsen weiter. „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark hätte sich durch die Minderheiten in ihrer Funktion als Brückenbauer auf beiden Seiten sicher nicht so erfolgreich entwickelt.“

Europaweiter Erfahrungsaustausch

Eine der Organisationen, die aus dem von Callsen genannten Haushalt finanziert wird, ist das Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk (MKN). Es

Deutsch-dänische als Vorbild

Schleswig-Holstein und Dänemark ernten weltweit Lob für ihre Friedenspolitik im Grenzland. Das Modell hilft, demokratischen Dialog, Aussöhnung und kulturellen Austausch anzustreben.



Der Friese Bahne Bahnsen und Gösta Toft vom Bund Deutscher Nordschleswiger setzen sich für die Minderheiten in Europa ein.
Foto: Jan-Christian Petersen

wurde 2020 im Akademiezentrum Sanktmark in Oeversee bei Flensburg gegründet. Seitdem verfolgt man hier

unter anderem das Ziel, Erfahrungen aus der deutsch-dänischen Minderheitenpolitik europaweit zu vermitteln. „Die Idee ist während der Corona-Zeit entstanden“, erklärt der stellvertretende MKN-Vorsitzende Frank Nickelsen, der auch Geschäftsführer beim Friesenrat in Bredstedt ist. Gleichzeitg seien die pandemiebedingten Einschränkungen aber auch der Grund gewesen, warum das Netzwerk noch nicht so weit sei, wie er es sich wünsche.

Ähnlich sieht das Caroline Honer-vogt, die als Koordinatorin beim MKN tätig ist: „Einerseits haben wir Veranstaltungen, zu denen wir Angehörige von Minderheiten aus ganz Europa einladen. Andererseits haben wir Besuchergruppen zu Gast, die Minderheitenangehörige sind oder mit diesen Gruppen zu tun haben, aber aus einer

Minderheitenpolitik in Europa

Europäische Grundwerte- und Demokratievermittlung

In Flensburg bezeichnet hingegen der Friese Bahne Bahnsen sein Engagement als sehr politisch. Zusammen mit Gösta Toft, der auch im Bund Deutscher Nordschleswiger aktiv ist, ist er einer von sieben Vizepräsidenten der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEU). Die vertritt 113 europäische Minderheiten. „Bei uns kann im Prinzip jede Minderheit Mitglied werden, die demokratisch aufgestellt ist“, erklärt Toft.

Es geht um Dialogfähigkeit. Was das für die Demokratien in Europa bedeutet und welche Rolle das deutsch-dänische Minderheitenmodell dabei spielen kann, erklärt Honer-vogt weiter. Für 2024 seien bislang drei Veranstaltungen geplant. „Als Beispiel nennt Honer-vogt wiederkehrende Veranstaltungen mit wechselnden Angehörigen der serbischen Minderheit in Kroatien und mit der kroatischen Minderheit in Serbien. Dabei ginge es auch um Aussöhnung.“

„Das ist eine Kooperation, die wir versterken wollen, weil es dort in der Region viel Gesprächsbedarf gibt. Wir selbst verhalten uns aber politisch neutral“, betont sie. „Wir erzählen, wie es bei uns ist. Was läuft gut? Wie läuft es bei euch? – Es ist ein Austausch, ein voneinander Lernen, ein Raum der gegenseitigen Wissensvermittlung. Daran sollen neue Ideen entstehen.“ So habe es im letzten Jahr ungefähr alle zwei Monate eine Veranstaltung gegeben, erklärt Honer-vogt weiter. Für 2024 seien bislang drei Veranstaltungen geplant.

gründen wollen. „Im Juni letzten Jahres hatten wir dazu ein Treffen bei den Katalanen. Da ging es zwei, drei Tage um die Frage: Wie können sich die Katalanen in die spanische Gesellschaft einbringen? Wie können sie teilhaben mit der Macht, die sie haben? Das haben wir ja in Schleswig-Holstein auch getan. In den fünf Jahren, in denen der SSW ein Teil der Regierung war, haben wir mehr erreicht als in den letzten 50 Jahren.“

Vor- und Nachsorge bei Kriegen und Konflikten

Doch angesichts der zunehmenden Kriege und Konflikte in der Welt, die meistens aus Grenz- und Minderheitenkonflikte sind oder mit sich bringen, stellt sich die Frage, ob man auch von Schleswig-Holstein aus mehr tun muss. „Wir sind eine kleine Organisation“, sagt Toft, „wir können keinen Krieg beenden oder in die Kriege eingreifen, aber wir können vor- und nachsorgen. Der Balkan ist zum Beispiel eine Konfliktregion, in der wir vorbeugende Maßnahmen anstellen. Wir bringen die Minderheiten im Westbalkan zusammen, damit sie im Dialog bleiben. Mit Bezug zur Ukraine fragen wir: Was kommt, wenn der Krieg vorbei ist? Eine Minderheit, die dort besonders betroffen ist, sind die Roma. Denen ging es schon vor dem Krieg schlecht. Doch die muss man einbeziehen. Die helfen jetzt auch der Ukraine und müssen nachher berücksichtigt werden.“

Fördersummen für die Organisationen 2023

Bund Deutscher Nordschleswiger: 467 000 €
Dänische Minderheit (Träger: SSF und Mikkelberg): 787 000 €
Friesenstützung: 1 201 800 €
Deutsche Sinti und Roma: 626 100 €
Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk (MKN): 150 000 €
ADS-Grenzfriedensbund: 745 900 €
Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEU): 23 000 €
European Center for Minority Issues (ECMI): 316 500 €
Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV): 15 000 €
Sonderprojekte: 353 000 €
gesamt: 4 685 300 €
 Die Zahlen stammen aus dem Kieler Innenministerium.